Stand: 12.07.2025 21:46:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18716

"Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II - Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18716 vom 29.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/20132 des BI vom 26.01.2022
3. Beschluss des Plenums 18/21120 vom 15.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.10.2021 **Drucksache** 18/**18716**

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II – Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) zu beschließen.

Der Landesaktionsplan soll folgende spezifische Maßnahmen im Bereich Bildung enthalten:

1. Ergänzung der Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen bzw. Erziehern und Kinderpflegerinnen und -pflegern um den Themenkomplex Diskriminierungsschutz und Diskriminierung im frühkindlichen Bereich
2. Förderung von Kita-Projekten nach dem Vorbild von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
3. Erstellung einer Dolmetscherinnen- bzw. Dolmetscher-Liste für den Kitabereich
4. Förderung von Vielfalt und diskriminierungssensibler Bildung durch entsprechende Spielmaterialien und Bücher im Schul- und Kitabereich
5. Ergänzung der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen bzw. Lehrern um den Themenkomplex Diskriminierungsschutz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) – Erscheinungsformen und Prävention
6. Erstellung einer Task Force „Diskriminierungsfreie Schule“, bestehend aus Vertreterinnen bzw. Vertretern des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK), Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Schulräteverbandes, Lehrkräften aller Schularten (Fachlehrkräfte und Förderlehrerinnen bzw. -lehrer eingeschlossen) und Seminarleiterinnen bzw. Seminarleitern
7. Überprüfung und ggf. Austausch diskriminierenden Lehrmaterials
8. Aufbau eines Förderprogramms und dadurch die Ermöglichung der Zertifizierung der Herkunftssprachkenntnisse an den Volkshochschulen
9. Durchführung einer Studie unter Studierenden und Lehrenden zu Diskriminierungserfahrungen an der Universität
10. Entwicklung einer Kampagne für mehr Diversität im Lehramt
11. Finanzielle Förderung von Genderprofessuren, Rassismus- und Kolonialismusforschung an bayerischen Universitäten und Fachhochschulen
12. Reform des aktuell gültigen Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in Bezug auf Antidiskriminierung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die hierdurch anfallenden Kosten im Entwurf des nächsten Haushaltplans zu berücksichtigen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Beschäftigte können durch einen diskriminierungssensiblen Umgang in den Einrichtungen sowie Antidiskriminierungsprojekte und Spiele einen großen Beitrag zur Prävention und Beseitigung von Diskriminierung in Kitas leisten. Wir möchten das Kita-Personal bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe maximal unterstützen und fordern daher eine verstärkte Professionalisierung im Hinblick auf die Themenbereiche Diskriminierung und gruppenbezogene Vorurteile.

Das 1995 gegründete Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gehört heute zu den bundesweit erfolgreichsten Antidiskriminierungsprojekten für den schulischen Bereich. Die Verleihung des Titels wie auch die Aufnahme in das Netzwerk motivierten tausende Schülerinnen und Schüler deutschlandweit gemeinsam gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Vorurteile an einem Strang zu ziehen. Wir möchten dieses Erfolgskonzept auf den Bereich der Kitas ausweiten. Mit einem entsprechenden pädagogischen Plan können auch Kindern im Vorschulalter Werte wie Gleichberechtigung, Gemeinschaft und die Wertschätzung von Vielfalt spielerisch vermittelt werden.

Etwa 28 Prozent aller Kita-Kinder haben einen „Migrationshintergrund“. Gerade in Familien, die erst seit Kurzem in Deutschland leben, kämpfen Eltern nicht selten mit sprachlichen Barrieren. Das kann nicht nur den Zugang zur Kita generell erschweren – Familien mit Zuwanderungsbiografie nehmen statistisch seltener einen Krippenplatz in Anspruch – sondern stellt auch die Zusammenarbeit zwischen Eltern und den Beschäftigten vor neue Herausforderungen. Zwar gibt es unterschiedliche Projekte und Initiativen im Bereich Dolmetschen und Sprachmitteln, die auch staatlich gefördert werden. Zugang und Möglichkeiten der Kostenübernahme variieren jedoch regional stark. Wir möchten ein einheitliches System schaffen, das Kita-Fachkräfte bayernweit entlastet und strukturelle Hürden für Familien mit Zuwanderungshintergrund abbaut.

Die Verwendung diskriminierenden Spiel- und Lernmaterials kann Vorurteile und Stereotype bereits im frühkindlichen Bereich schaffen und verfestigen. Umso wichtiger ist eine bewusste Auswahl der in Kitas verwendeten Bücher und Spielmaterialien. Die Thematisierung von unterschiedlichen Lebensformen sowie religiöser, sprachlicher und kultureller Vielfalt in Abbildungen, Geschichten und Spielen schafft die Grundlage für ein inklusives Miteinander und beugt Gruppendenken vor. Wir möchten Kitas verstärkt mit Spielen und Büchern ausstatten, die die Themen Diskriminierung und Vielfalt behandeln.

Lehrerinnen und Lehrer spielen bei der Prävention und Intervention von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine zentrale Rolle. Hierfür muss es eine kontinuierliche fachliche Unterstützung geben, die die gesamte berufliche Laufbahn von Lehrkräften umfasst. Angebote zur diskriminierungskritischen Bildung finden sich überwiegend im Bereich der Fort- und Weiterbildung, sind aber immer noch kein verbindlicher Teil der Ausbildung (weder im Referendariat noch im Studium) von Lehrkräften. Das muss sich ändern. Die Professionalisierung der Antidiskriminierungsarbeit ist ein zentraler Baustein auf dem Weg zu strukturellen Veränderungen im Umgang mit Diskriminierung und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an Schulen.

Derzeit fehlt es in Bayern an einer institutionalisierten Austauschplattform, die sich spezifisch mit dem Thema Diskriminierung an Schulen auseinandersetzt. Die Antidiskriminierungsarbeit kann nicht einzelnen engagierten Lehrkräften aufgebürdet werden, sondern muss strukturell verankert und gestützt werden. Wir schlagen eine „Task Force diskriminierungsfreie Schule“ vor, in der das StMUK, die Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Schulräteverbandes, Lehrkräfte aller Schularten (Fachlehrkräfte und Förderlehrerinnen bzw. -lehrer eingeschlossen) und Seminarleiterinnen bzw. -leiter gemeinsam über Diskriminierungsrisiken im Schulalltag sprechen und beraten, welche Maßnahmen sich dagegen ergreifen lassen.

Schulbücher und andere Lehrmittel schaffen Wissen. Umso problematischer ist es, wenn Lehrmaterialien Stereotype und Klischees oder gar diskriminierende Inhalte transportieren. Immer wieder geraten Schulbuchverlage aufgrund sexistischer, rassistischer, antisemitischer oder queerfeindlicher Darstellungen in die Kritik. Obwohl im Zulassungsverfahren für Lehrmittel anhand unterschiedlicher Vorgaben sichergestellt werden soll, dass die Unterrichtsmaterialien keine diskriminierenden oder rassistischen Inhalte

aufweisen, findet keine gesonderte Überprüfung der bereits verwendeten Lehrmittel statt. Wir fordern eine schulart- und fächerübergreifende Überprüfung der derzeit eingesetzten Lehrmaterialen. Gleichzeig soll bei der Zulassung von Lehrbüchern und Unterrichtsmaterialien verstärkt auf eine diskriminierungssensible Darstellung geachtet werden.

22,5 Prozent aller bayerischen Schülerinnen und Schüler haben eine Migrationsbiografie, viele von ihnen sind mehrsprachig aufgewachsen. Für viele Schülerinnen und Schüler ergibt sich seit Abschaffung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts in Bayern im Jahr 2004 keine Möglichkeit, ihre Herkunftssprache zu verfestigen. Bis heute wird der damalige Beschluss der Staatsregierung damit gerechtfertigt, dass ein herkunftssprachlicher Zusatzunterricht bei Kindern mit „Migrationshintergrund“ die Deutschförderung beeinträchtigt. Diese Argumentation befeuert in unseren Augen die Stigmatisierung von Mehrsprachigkeit als ein Problem. Tatsächlich handelt es sich um ein erweitertes Bildungspotenzial, das wir mit unserem Maßnahmenvorschlag voll ausschöpfen möchten. Mit einem Förderprogramm soll es Schülerinnen und Schülern, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist, ermöglicht werden, ihre Herkunftssprachkenntnisse an den Volkshochschulen zu zertifizieren.

Die Identifikation von Diskriminierungsrisiken ist ein zentraler Baustein für die Schaffung eines diskriminierungsfreien Lehr- und Lernumfeldes an Hochschulen. Derzeit gibt es keine Daten zu der Zahl und Art von Diskriminierungserfahrungen an bayerischen Universitäten (vgl. Drs. 18/10226, S. 5.). Es soll eine Studie mit Studierenden wie auch Lehrenden (Mittelbau und Professuren) der Universitäten herausgearbeitet werden. Auf Basis dieser Forschungsergebnisse können Entscheidungen über die Ausgestaltung weiterführender Antidiskriminierungsmaßnahmen an den Universitäten getroffen werden.

Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte bzw. eigenen Diskriminierungserfahrungen sind in Bayern unterrepräsentiert. Während fast 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler in München eine Migrationsbiografie haben, trifft das auf lediglich zehn Prozent der Lehrkräfte zu. Um die Diversität im Lehramt zu erhöhen, soll gezielt bei Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationsgeschichte für das Lehramtsstudium geworben werden. Gleichzeitig sollen Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte im Rahmen eines „Empowerment“-Programms durch Fortbildungen und spezielle Workshops zum Thema Diskriminierung unterstützt werden.

Die Wissenschaft ist Impulsgeberin für gesellschaftliche und politische Veränderungen. Die Geschlechter-, Rassismus- und Kolonialismusforschung pflegt insbesondere an bayerischen Universitäten noch immer ein Schattendasein. Es fehlen damit Plattformen für die wissenschaftliche Erforschung von Ursachenzusammenhängen und historische Kontinuitäten in Bezug auf unterschiedliche gruppenbezogene Vorurteile. Das möchten wir durch eine Förderung entsprechender Professuren ändern.

Das BayHSchG hat seit mehr als 14 Jahren keine grundsätzliche Überarbeitung erfahren. Bisher wurde die Chance verpasst, das BayHSchG zu einem zentralen Baustein bei der Etablierung flächendeckender Standards für Diskriminierungsschutz und Gleichstellung zu machen und als Mittel zum Abbau struktureller Benachteiligungen zu nutzen. Unser Ziel ist es, das zu ändern! Bayern bedarf eines modernen, innovativen und sozialen Hochschulrechts, das den Bedürfnissen der Hochschulen und ihrer Angehörigen und Mitglieder sowie den Herausforderungen der Zeit gerecht wird. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zur grundlegenden Reformierung des BayHSchG vorgelegt.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.01.2022 **Drucksache** 18/**20132**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/**18716**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II - Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatter: **Dr. Ludwig Spaenle**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 2. Dezember 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 118. Sitzung am 26. Januar 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 26. Januar 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

A b l e h n u n g empfohlen.

Markus Bayerbach
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.02.2022 **Drucksache** 18/**21120**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**18716**, 18/**20132**

Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II – Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Hause. Gegenstimmen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten sind nicht anwesend. Deshalb haben wir auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Situation der Pflegefamilien in Bayern
Drs. 18/17207, 18/20131 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerischer Bürgerinnen- und Bürgerrat Klima
Drs. 18/18132, 18/20111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zehn innovative Windkraft-Pilotprojekte für verbesserten Vogelschutz
Drs. 18/18379, 18/20112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV: Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren
Drs. 18/18701, 18/19525 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen V: Wertschätzung des Engagements von Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/18702, 18/20087 (ENTH)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen VI: Ehrenamtliches Engagement in Zeugnissen würdigen
Drs. 18/18703, 18/20134 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I – Handlungsübergreifende Maßnahmen
Drs. 18/18715, 18/19846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II – Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung
Drs. 18/18716, 18/20132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit III – Bereichsspezifische Maßnahmen: Verwaltung
Drs. 18/18717, 18/19907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IV – Bereichsspezifische Maßnahmen: Beschäftigung
Drs. 18/18718, 18/19847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Enthaltung“** zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit V – Bereichsspezifische Maßnahmen: Flucht und Migration
Drs. 18/18719, 18/20117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VI – Bereichsspezifische Maßnahmen: Soziales
Drs. 18/18720, 18/20088 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VII – Bereichsspezifische Maßnahmen: Polizei
Drs. 18/18721, 18/20061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VIII – Bereichsspezifische Maßnahmen: Justiz
Drs. 18/18722, 18/20118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IX – Bereichsspezifische Maßnahmen: Gesundheit
Drs. 18/18723, 18/20126 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit X – Bereichsspezifische Maßnahmen: Freizeit
Drs. 18/18724, 18/20062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit XI – Bereichsspezifische Maßnahmen: Wohnen
Drs. 18/18725, 18/20133 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen:
Sonderfonds für bayerische Minijobber auflegen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekommen haben
Drs. 18/18779, 18/20089 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz u.a. SPD
Investitionskostenförderung für Wohnraum für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Drs. 18/18941, 18/20090 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Fortbildungen für Imker durch Vereine an Digitalisierung anpassen
Drs. 18/19746, 18/20056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z